



**SÄCHSISCHES  
OBERVERWALTUNGSGERICHT**

**Beschluss**

In der Verwaltungsrechtssache

der Frau Julia Neigel  
[REDACTED]

– Antragstellerin –

prozessbevollmächtigt:

1. Zeller & Seyfert Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB  
[REDACTED]

2. Rechtsanwalt Marcel Templin  
[REDACTED]

3. Rechtsanwalt Kiril Stawrew  
[REDACTED]

4. Rechtsanwaltskanzlei R. Ludwig  
[REDACTED]

5. Prof. Dr. jur. Martin Schwab  
[REDACTED]

gegen

den Freistaat Sachsen,  
vertreten durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaft-  
lichen Zusammenhalt  
Albertstraße 10, 01097 Dresden

– Antragsgegner –

prozessbevollmächtigt:

Rechtsanwalt Dr. jur. Dr. Jürgen Rühmann  
[REDACTED]

wegen

Unwirksamkeit der SächsCoronaSchVO vom 5. November 2021  
hier: Normenkontrolle; hier: Videokonferenz

hat der 3. Senat des Sächsischen Obergerichtes durch den Vorsitzenden Richter am Obergericht [REDACTED], den Richter am Obergericht [REDACTED], die Richterinnen am Obergericht [REDACTED] und [REDACTED] sowie den Richter am Obergericht [REDACTED]

am 28. Januar 2026

### **beschlossen:**

Der Antrag, Herrn Prof. Dr. jur. Martin Schwab zu gestatten, an der mündlichen Verhandlung am Donnerstag, den 29. Januar 2026, 11.00 Uhr, per Bild- und Tonübertragung (Videokonferenz) teilzunehmen, wird abgelehnt.

### **Gründe**

- 1 Der neuerliche Antrag vom 26. Januar 2026 ist abzulehnen, weil dem Senat im Rahmen seiner Ermessensausübung die Gestattung der Teilnahme per Videokonferenz aus Gründen der Effektivität im Hinblick auf die Vielzahl der Beteiligten weiterhin untunlich erscheint und sie nicht der Beschleunigung des Verfahrens dient. Daran ändert nichts, dass nur für einen der Bevollmächtigten der Antrag gestellt wurde. Dem steht auch kein besonderes Bedürfnis der Antragstellerin auf Teilnahme von Prof. Dr. Schwab entgegen, da sie durch ihre weiteren Prozessbevollmächtigten in der mündlichen Verhandlung hinreichend vertreten wird.
- 2 Angesichts dessen kann offenbleiben, ob der antragstellende Rechtsanwalt Stawrew überhaupt ermächtigt ist, für Prof. Dr. Schwab einen solchen Antrag zu stellen, weil er nur von der Antragstellerin, nicht aber von letzterem gemäß § 67 Abs. 2 Satz 1 VwGO bevollmächtigt wurde, Prozessklärungen abzugeben.
- 3 Der Beschluss ist unanfechtbar (§ 102a Abs. 5 VwGO).

gez.:

[REDACTED]

[REDACTED]